

## **Bundesamt für Umwelt (BAFU) als Gastgeberin des 6. Internationalen Nano-Behördendialogs "Governance bei Nanomaterialien"**

**Bern / St.Gallen, 21. Mai 2012**

Am 8. / 9. Mai 2012 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter von Ministerien, Behörden, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Medien aus Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz in Zürich zum 6. Int. Nano-Behördendialog. Auf Einladung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) wurden aktuelle Fragen im Bereich der Governance von Nanomaterialien diskutiert. Schwerpunkt der zweitägigen Konferenz war die Kommunikation von wissenschaftlichen Inhalten und der Dialog mit Stakeholdern. Dabei ging es u. a. um die Frage, wie aktuelle Forschungsergebnisse verständlich kommuniziert und wie daraus politisch verwertbare Entscheidungsgrundlagen abgeleitet werden können. Im Rahmen der Tagung wurden daneben aktuelle Entwicklungen in Europa und laufende Aktivitäten im Bereich der Regulierung, Forschung und der Ausbildung beleuchtet. Die Tagung wurde von der Innovationsgesellschaft, St.Gallen im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt organisiert und moderiert.

### **Die Schweiz als Gastgeberland des 6. Int. Nano-Behördendialogs**

Dr. Gérard Poffet (Vizedirektor, BAFU) begrüßte die Teilnehmenden aus Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz im Namen des Bundesamtes für Umwelt. Er betonte, dass sich die Behörden in der Schweiz schon seit fast 10 Jahren mit synthetischen Nanomaterialien beschäftigten. Im Nano-Aktionsplan, welcher der Bundesrat 2008 verabschiedet hat, spielen neben Fragen des sicheren Umgangs mit synthetischen Nanomaterialien insbesondere auch die Kommunikation und der öffentliche Dialog über Chancen und Risiken der Nanotechnologie eine zentrale Rolle. Gérard Poffet betonte, dass Forschungsergebnisse zu Chancen und Risiken und auch wissenschaftliche Lücken zu potenziellen Risiken von Nanomaterialien sachlich und verständlich kommuniziert werden müssten. Dies sei für eine objektive Meinungsbildung und einen Dialog mit der Bevölkerung unverzichtbar. Mit offener und transparenter Kommunikation seitens der Wissenschaft und der Behörden über den Stand des Wissens könnten unbegründete Ängste vor dieser neuen Technologie vermieden werden, ohne dabei zu verharmlosen. Er unterstrich dabei auch die Bedeutung des Nano-Behördendialogs als wichtige Plattform für den informellen, grenzüberschreitenden Wissens- und Erfahrungsaustausch unter europäischen Behördenvertretern und mit den Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

### **Vielfältige Nanoaktivitäten: Aktionspläne, Forschungsprogramme und Dialog**

Verschiedene Referenten stellten im ersten Teil der Tagung die laufenden Aktivitäten in den einzelnen Ländern vor. Im Zentrum standen dabei nationale Forschungsstrategien, die nationalen und internationalen Nano-Aktionspläne und die zahlreichen Informations- und Dialogaktivitäten in den einzelnen Ländern. Es konnte festgestellt werden, dass in allen Ländern und auch auf EU-Ebene derzeit eine hohe Aktivität bei Nanoprojekten vorhanden ist. In allen deutschsprachigen Ländern gibt es beispielsweise nationale Nano-Aktionspläne mit verschiedensten Massnahmen. Auf nationaler und internationaler Stufe laufen zahlreiche Nano-Forschungsprogramme, welche von Ministerien, Ämtern, Forschungsinstituten und teilweise in Zusammenarbeit mit der Industrie durchgeführt werden. Ein thematischer Schwerpunkt liegt bei den meisten Programmen auf dem Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Risikoforschung. Prof. Peter Gehr gab einen kurzen Überblick über das Nationale Forschungsprogramm „Chancen und Risiken von Nanomaterialien“ (NFP 64), welches seit 2010 in der Schweiz läuft. Von Seite der EAWAG präsentierte Prof. Rik Eggen anschliessend die Rolle einer Forschungsinstitution als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Behörden. Anhand ausgewählter Nano-Forschungsprojekte wurde illustriert, welche konkreten Forschungsfragen an der EAWAG im Zusammenhang mit Wasser und Nanomaterialien untersucht werden und wie die Ergebnisse für Behörden und Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

## Nanotechnologie im Spiegel der Medien

Prof. Heinz Bonfadelli von der Universität Zürich erläuterte in seinem Referat zur Medienwirkung und Medienrealität, dass Nanotechnologie-Berichte in den Medien in den letzten Jahren eher zurückgegangen sind. Gleichzeitig konnte er zeigen, dass die öffentliche Wahrnehmung der Technologie bei Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz positiv besetzt ist, und dass Nanotechnologie für Schweizerinnen und Schweizer grösstenteils nicht unbekannt ist. Für die Weiterverbreitung von wissenschaftlichen Resultaten und Wissen sind Medien wichtig. Dabei spielen die sogenannten „PUSH-Medien“ (Print, Radio, Fernsehen) für die Information der Bürgerinnen eine besondere Rolle, weil sie Informationen aktiv zum „Empfänger“ bringen. Wohingegen die im Internet zugänglichen Informationsplattformen als „PULL-Medien“ vom Konsumenten selber angegangen werden müssen. Solche Plattformen spielen allerdings für die interessierte Öffentlichkeit und Multiplikatoren (z. B. Journalisten, Lehrpersonen etc.) eine wichtige Rolle. Von den Schweizer Bundesämtern wurde kürzlich die Nano-Informationsplattform [www.infonano.ch](http://www.infonano.ch) vorgestellt. Daneben gibt es in der Schweiz die von verschiedenen Bundesämtern unterstützte Wissens- und Bildungsplattform „Swiss Nano-Cube“ [www.swissnanocube.ch](http://www.swissnanocube.ch). Diese richtet sich an Lehrpersonen und Lernende in Gymnasien und in Berufsfachschulen.

## Expertenwissen als Grundlage für politische Entscheide

Frau Nationalrätin Maya Graf (Grüne, BL) ging in ihrem Referat auf aktuelle Entwicklungen bei der Regulierung in der Schweiz ein und beleuchtete die Bedeutung wissenschaftlicher Daten für Politikerinnen und Politiker. In der Schweiz und auch in anderen Ländern fliesst wissenschaftliches Know-how und Expertenwissen über entsprechende Kommissionen direkt in den Gesetzgebungsprozess ein. Dabei braucht es neben naturwissenschaftlich-technischen Risikodaten auch Informationen über ethische, soziale und juristische Aspekte. Die Informationen müssen dabei vereinfacht und in die Sprache der Politik „übersetzt“ werden. Weil Nanotechnologie als „Querschnittstechnologie“ eine sehr breite Anwendung findet und gleichzeitig bereits sehr viele Konsumprodukte auf dem Markt sind, ist eine differenzierte Betrachtung und Berücksichtigung von Konsumenteninteressen notwendig. Eine zentrale Forderung von Konsumentinnen und Konsumenten betrifft derzeit die Deklaration von Nanomaterialien. In diesem Zusammenhang wird bereits in verschiedenen Ländern die Einführung eines Produktregisters bzw. öffentlichen Nano-Inventars diskutiert. Verbraucherorganisationen fordern seit längerem, dass Informationen zu nanoskaligen Inhaltsstoffen in sensiblen bzw. körpernahen Produkten verfügbar gemacht werden. Frau Graf erachtet den Erlass von Informations- und Deklarationspflichten für zwingend. Die Konferenz endete mit der Ankündigung des 7. Internationalen Nano-Behördendialogs der im Frühjahr 2013 in Wien stattfinden wird.

## Kasten: Der Nano-Behördendialog

Der Nano-Behördendialog ist eine Dialog-Plattform der Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzbehörden aus Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz. Ziel ist der informelle, grenzüberschreitende Informations- und Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen rund um die Nano-Governance. Die Plattform wird seit 2008 im Auftrag der Behörden von der Innovationsgesellschaft, St.Gallen organisiert und moderiert.



Bild: Dr. Gérard Poffet, Vizedirektor des Bafu, © Bafu

## **Kontakt und weitere Informationen**

Die Innovationsgesellschaft, St.Gallen

Dr. Christoph Meili

Lerchenfeldstr. 5

CH-9014 St.Gallen

Phone: +41 71 274 74 17

christoph.meili@innovationsgesellschaft.ch

[www.innovationsgesellschaft.ch](http://www.innovationsgesellschaft.ch)